

Mehrwertsteuerpflichtige Ausgaben im Krankenversicherungssektor unterliegen dafür wie Lebensmittel dem ermäßigten Steuersatz.

Unser Sozialversicherungssystem ist nicht für Ausländer geschaffen. Diese sind unverzüglich auszugliedern und können sich im Einzelfall privat absichern.

Eine einheitliche Namensgebung und verbindliche Preise für gleiche Medikamente auf der Grundlage staatlich genehmigter Kalkulationen sind einzuführen, eine Positivliste kostengünstiger, medizinisch sinnvoller Arzneimittel ist aufzustellen.

Keine Rücksichtnahme auf die Profitinteressen der Pharmaindustrie! Deutschland braucht ein Versicherungssystem, das Krankheiten vor ihrem Ausbruch zu verhindern hilft. Ein wichtiger Schwerpunkt muß in der Beratung und Gesundheitsprävention liegen, die schon in der Schule vermittelt werden müssen.

Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!

Wir Nationaldemokraten fordern ein Gesundheitswesen, das endlich wieder die Interessen der Deutschen in den Vordergrund stellt!

Wußten Sie, daß zum Beispiel Gesundheitsabkommen mit der Türkei, Ungarn, Tschechien, Marokko, Tunesien und den Balkan-Ländern bestehen? Die BRD muß jährlich Transferleistungen in zweistelliger Millionenhöhe für ausländische Familienangehörige aufwenden. Selbst im Ausland lebende Angehörige bei uns versicherter Ausländer und zum Teil deren Eltern erhalten dort Versicherungsschutz unserer deutschen Kassen.

Die Sozialabkommen mit der Türkei und allen anderen Ländern sind aufzukündigen! Es wird Zeit, daß nicht länger die Interessen der Pharmaindustrie und anderer Lobbyverbände, sondern endlich die Interessen der deutschen Patienten, im Vordergrund stehen. Lassen Sie sich dies nicht länger gefallen!

Stoppt den Sozialbetrug!

V.i.S.d.P.: Jörg Hänel, Seelenbinderstr.42, 12555 Berlin; E.i.S.

Unterstützen Sie uns!

Wenn Sie einen wirklichen Politikwechsel in Deutschland auch im Gesundheitswesen wollen, gibt es nur eine Alternative: Nationaldemokraten!

**Info
Gutschein**

Wollen Sie mehr über uns wissen? – Füllen Sie einfach untenstehenden Antwortcoupon aus und schicken Sie diesen auf einer ausreichend frankierten Postkarte an uns zurück:

NPD-Parteizentrale,
Postfach 84 01 57,
12531 Berlin

Name, Vorname

Alter

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Telefon

ePost

- Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei)
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre)
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Bitte senden Sie mir das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ zu (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei)

npd.de

Ruf: 030 - 650 110

Fax: 030 - 650 111 40

Für die Zukunft unserer Kinder!

Gesundheit für alle!

NPD
Die Nationalen

Nationaldemokratie heißt: Nationale Solidarität durchsetzen!

Die von SPD, Grünen und CDU/CSU unterbreiteten Vorschläge zur Rettung des Gesundheitssystems werden allen Pflichtversicherten große finanzielle Mehrbelastungen aufbürden. Einmal mehr wird der Ausstieg aus der paritätischen Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch Arbeitgeber-Lobbyisten betrieben. Nach der Einführung der Riester-Rente wird nun ein weiterer Meilenstein zur systematischen Aushöhlung des Solidarsystems gesetzt. Die Gesundheitsreform ist Sozialbetrug!

Die Eckpunkte des Sozialbetrugs im einzelnen:

- Hausarztbesuch: 10 Euro pro Quartal
- Facharztbesuch: 10 Euro pro Termin
- Erhöhung der Zuzahlung pro Medikament auf mindestens 5 Euro
- Krankenhausaufenthalt: 10 Euro pro Tag, längstens 28 Tage
- Streichung von Entbindungs- und Sterbegeld
- Streichung der Zuschüsse für Brillen und Sehhilfen
- Streichung des Zahnersatzes und Pflicht zur Zusatzversicherung
- Streichung des Arbeitgeberanteils am Krankengeld ab 2006
- Erhöhung der Tabaksteuer 2004/2005 in drei Stufen um einen Euro pro Packung

Verlierer der „Gesundheitsreform“

Phantasielos werden die Kosten auf die Versicherten abgewälzt. Verlierer der „Gesundheitsreform“ sind einmal mehr die „kleinen Leute“, die 18,5 Mrd. Euro Einsparungssumme aufbringen müssen:

Rentner: Sie werden häufiger krank und sind von Zuzahlungen stärker als alle anderen betroffen.

Alleinerziehende und Mütter: Ihnen wird nicht nur das Entbindungsgeld gestrichen, sie werden durch den Wegfall des Steuerfreibetrages doppelt bestraft.

Witwen und Witwer: Ihnen wird das Sterbegeld ersatzlos gestrichen.

Familien: Sie sind vor allem von Zahlungen für Zahnersatz und Krankengeld, aber auch vom Wegfall der Kassenübernahme rezeptfreier Mittel betroffen.

Sozialhilfeempfänger: Sie werden wie Kassenpatienten behandelt, von Zuzahlungen nicht ausgenommen.

Gewinner der „Gesundheitsreform“

ist die Lobby von Pharmaindustrie, Arbeitgebern, Abgeordneten, Beamten und Krankenkassen, die nur 3 Mrd. Euro Einsparungssumme aufbringen müssen.

Pharmaindustrie: Ihre Milliardenprofite sind durch die gekippte Arzneimittel-„Positivliste“ weiter gesichert.

Arbeitgeber: Sie sparen Lohnnebenkosten (Streichung des Anteils am Krankengeld).

Minister, Abgeordnete und Beamte: Als Privatpatienten sind sie nicht von der Reform betroffen. Auch der Wegfall des Sterbegeldes betrifft sie nicht.

Ca. 350 Krankenkassen: Über den geltenden Bestandsschutz behalten sie ihre Macht – einschließlich großer Verwaltungsapparate und Vorstandsgehälter.

Unmittelbar nach Abschluß der Regierungsgespräche mit der Opposition erklärte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, daß die Vereinbarungen das Gesundheitssystem nicht retten können. „Die nächste große Reform muß spätestens 2010 stehen“, so Schmidt. Sie hofft, daß die jetzige Reform „wenigstens bis 2007“ hält. Selten hat ein Regierungsmitglied so unverblümt sein Scheitern und seine eigene Unfähigkeit eingestanden!

Sollte nicht schon jetzt der „große Wurf“ im Gesundheitssystem erfolgen? Worüber haben die Herren Rürup & Herzogs viele Monate in Kommissionen beraten, die den Steuerzahler mehrere Millionen Euro kosteten? Für einen wirklichen Systemwechsel im Gesundheitswesen sind weitreichendere Maßnahmen als das von SPD, CDU/CSU und Grünen präsentierte Flickwerk notwendig!

WIR Nationaldemokraten fordern:

- Es darf nur eine gesetzliche Krankenversicherung geben. Die 350 bislang konkurrierenden gesetzlichen Krankenversicherungen und ihre Verwaltungsapparate werden aufgelöst.
- Die Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird unabhängig von der Einkommenshöhe für alle Bürger, also auch Beamte, Abgeordnete, Selbständige und besserverdienende Arbeitnehmer, zur Pflicht!
- Auch Miet- und Zinseinkünfte sind bei der Beitragsberechnung zu berücksichtigen.
- Das Solidaritätsprinzip in der Gesetzlichen Krankenversicherung, also die paritätische Finanzierung von Versicherungsleistungen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Krankengeld!), ist beizubehalten.
- Die Absenkung der Arbeitslosenbeiträge zur Verschleierung der Defizite bei der Bundesanstalt für Arbeit und die Aufweichung der Arzneimittel-Festbetragsregelung werden rückgängig gemacht.
- Zur Vermeidung von Mehrfachuntersuchungen ist ein Krankenversicherungsheft einzuführen. Arztbesuche, diagnostische Maßnahmen und Impfungen sind darin zu dokumentieren.
- Gesundheitsgefährdende Mittel werden mit einer Gesundheitsabgabe in Höhe des halben Mehrwertsteuersatzes veranlagt. --->